



Westafrika hat genug von Dirty Diesel

Fünf Länder verbannen dreckigen Treibstoff



Public Eye

In einer beängstigenden Welt



Raphaël de Riedmatten
Redaktion

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr 3, Januar 2017

PREIS CHF 8

PRODUKTIONSLEITUNG
Raphaël de Riedmatten

REDAKTION & PRODUKTION
Timo Kollbrunner

LAYOUT artischock.net, Zürich

DRUCK Vogt-Schild Druck AG
Cyclus Print & Leipa, FSC

AUFLAGE 23 500 Ex.

ISSN 2504-1266

TITELBILD Osodi Emmanuel/
Keystone/Majority World

Das Public Eye Magazin
erscheint sechs Mal pro Jahr.

Mitgliedschaft (inklusive
Magazin-Abonnement)
CHF 60 pro Jahr

POSTKONTO 80-8885-4

KONTAKT Public Eye
Dienerstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch

«Wenn ein Mann, den fast alle Welt für inkompetent und vulgär hält, Präsident der Vereinigten Staaten werden kann, ist fortan alles möglich.» Diese Schlussfolgerung in der Dezemberausgabe der *Monde diplomatique* klingt wie die Ankündigung des Aufstiegs eines enthemmten, frauen- und fremdenfeindlichen Rechtspopulismus. In diesem unheilvollen globalen Kontext, in dem im Präsidialkabinett der grössten Weltmacht in wenigen Tagen vor allem die Interessen der Erdölindustrie, der Finanzmärkte und insgesamt der reichen, weissen Männer vertreten sein werden, engagiert sich Public Eye.

Es bleibt zu hoffen, dass das pluralistische Amerika, welches sich weigert, Frauen als Sexualobjekte zu betrachten, eine weitere Schandmauer zu errichten oder sich den Interessen multinationaler Konzerne zu unterwerfen, sich dem autoritären Kurs dieses Phallokraten entschieden in den Weg stellen wird. Die Euphorie, die der Amtsantritt von Barack Obama vor acht Jahren weltweit ausgelöst hatte, scheint jedenfalls weit weg. Und das Los der «Divided States of America» droht auch europäischen Ländern. Mit Sorge schauen wir den Wahlen etwa in Frankreich und Italien entgegen, und in der Schweiz gefährden manche Nachfolgerinnen und Nachfolger eines andern rechtspopulistischen Milliardärs den Kern unserer Demokratie.

Eine der Hauptsorgen von Public Eye seit jeher – die Klüngerlei zwischen wirtschaftlichen und politischen Mächten – schien nie so berechtigt wie heute. Dabei kann, in den USA wie in der Schweiz oder irgendwo sonst, nur eine humanistische, demokratische und solidarische Gegenkraft verhindern, dass sich die schlimmsten Befürchtungen bewahrheiten.

Diese düsteren Aussichten sollten unsere Freude über einen Erfolg nicht trüben, der immerhin Millionen von Menschen sauberere Luft bringen wird: Fünf westafrikanische Länder werden den erlaubten Schwefelgehalt ihres importierten Diesels drastisch senken – dank der Kampagne, die wir mit unseren afrikanischen Partnerorganisationen nach der Recherche zu Dirty Diesel lanciert haben. Einmal mehr zeigt sich dabei aber auch deutlich, dass nur politische Lösungen eine Veränderung bringen: Von sich aus unternehmen die Multis kaum etwas, um menschenrechtswidrige Geschäftstätigkeiten zu unterbinden.

R. de Riedmatten

Schwefelwolken lichten sich

Fünf westafrikanische Länder verbieten dreckigen Diesel. Die Schweizer Rohstofffirmen dagegen weigern sich, ihre Verantwortung anzuerkennen – während sich ihr Ruf weiter verschlechtert, wie eine für Public Eye erstellte Analyse zeigt.

► Seiten 4 bis 13



© Robin Hammond/Keystone

Recht auf Gesundheit

Ein UNO-Panel unter Vorsitz von Ruth Dreifuss zeigt Wege auf, wie der Zugang zu Medikamenten verbessert werden kann. Die alt Bundesrätin im Gespräch.

► Seiten 18 bis 21



© Mark Henley

Protzender Potentat

Endlich geht die Schweiz gegen einen afrikanischen Diktatorensohn mit zweifelhaftem Vermögen vor. Er muss vorläufig auf elf Sportwagen und eine seiner Yachten verzichten.

► Seiten 24 bis 25



© Steve Jordan/Getty Images

Weitere Themen

- S. 14 **Einblick** Ein früherer Ölhändler berichtet über die Machenschaften der Branche
- S. 16 **Solidarität** Hunderttausende unterstützen die Guaraní gegen Stevia-Biopiraterie
- S. 22 **Chance** Die Revision des Beschaffungsgesetzes muss nachhaltiges Einkaufen ermöglichen
- S. 26 **Treffen** Catherine Herold nimmt mit Actares Konzerne in die Verantwortung

Dirty Diesel: Grosserfolg in Afrika, Schweiz drückt sich

Die Kampagne gegen dreckigen Treibstoff für Afrika hat rasche und weitreichende Konsequenzen! Fünf afrikanische Länder haben ihre Grenzwerte für den Schwefelgehalt von Dieselimporten drastisch gesenkt. Amsterdam diskutiert ein Verbot der Herstellung und Ausfuhr von schmutzigem Treibstoff. Die Schweizer Rohstoffhandelsfirmen und unsere Regierung nehmen sich dagegen nach wie vor aus der Verantwortung.

TIMO KOLLBRUNNER

Die Passantinnen und Passanten schauen zwei, drei Mal hin, an diesem trüben Novembermittag in Genf. An der Place de Jargonnant, vor dem von aussen unscheinbaren Bürogebäude des Rohstoffgiganten Trafigura, steht ein feuerroter Transportcontainer auf einem Lastwagen. Gefüllt ist er mit Kanistern voller schmutziger Luft. Ghanaerinnen und Ghanaer haben sie abgefüllt und von Accra aus verschickt, um Trafigura und der ganzen Branche klar zu machen: Hört auf, unsere Luft zu verdrecken!

Letzten September hatte der Bericht «Dirty Diesel» aufgezeigt, wie Schweizer Rohstoffhandelsunternehmen Westafrika mit Treibstoffen fluten, die hierzulande niemals verkauft werden dürfen – sie haben einen bis zu 380-mal so hohen Schwefelgehalt wie in Europa erlaubt. Nach der weltweiten Berichterstattung über diese Rechercheergebnisse unterschrieben über 19 000 Personen eine Petition an Trafigura: Die Genfer Firma soll ihren Worten, in Sachen sozialer Verantwortung Branchenleaderin werden zu wollen, Taten folgen lassen – und die Produktion und den Verkauf von gesundheitsschädigenden Treibstoffen einstellen.

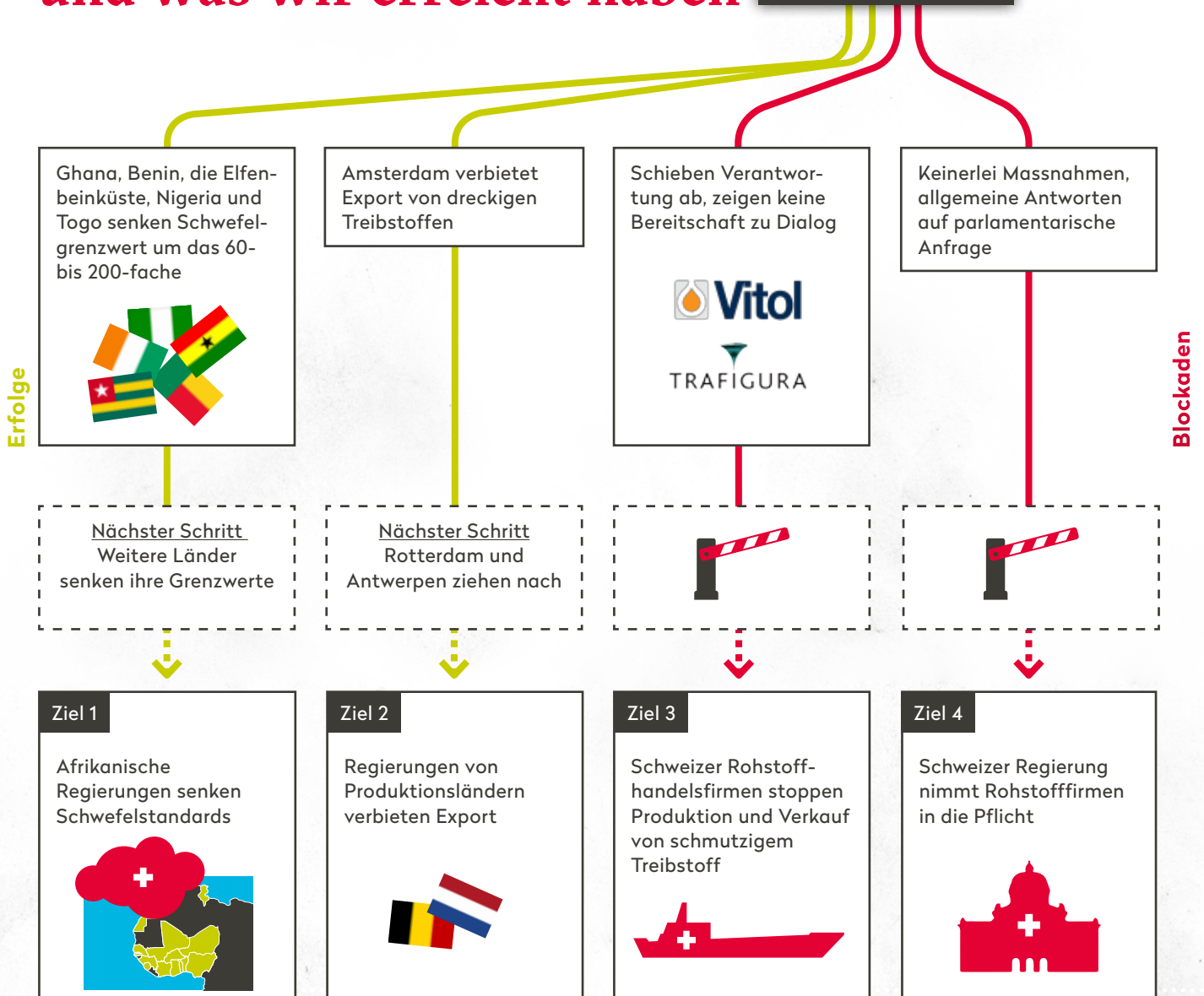
«Wir tun, was wir können»

Im Nu sind die mit Luft gefüllten Kanister aus dem Container entladen und vor dem Firmeneingang deponiert. Schliesslich, nach minutenlangem Perkussionswirbel der Gruppe Madou Zon Family, öffnet sich die Türe des Bürogebäudes. Kommunikationschef Andrew Gowers tritt heraus, nimmt einen Kanister entgegen und sagt, sichtlich genervt: «Vielen Dank, wir tun, was wir können.» Dann ent-





Unsere Kampagnenziele – und was wir erreicht haben



schwindet er wieder im Innern des Gebäudes. Gegenüber dem Westschweizer Fernsehen sagt er ein paar Stunden später, in der Hauptverantwortung stünden die jeweiligen Regierungen: Es liege an ihnen, die Standards zu verschärfen. Und die internationale Gemeinschaft müsse «mehr Mitgefühl» zeigen mit den Ländern, denen es nicht gelinge, die Situation zu verbessern. Der Kommunikationschef einer Firma, die den afrikanischen Markt mit dreckigem Treibstoff eindeckt, negiert jede Verantwortung seines Unternehmens – und fordert mehr Mitgefühl mit den Betroffenen. Zynischer geht es kaum. Schriftlich teilt Trafigura mit, das Unternehmen sehe seine Verantwortung darin, «sich an der notwendigen Debatte darüber zu beteiligen», wie das Problem der Luftverschmutzung angegangen werden könne. Man lege Public Eye nahe, auf «Werbegags» wie die Petitionsübergabe zu verzichten und sich stattdessen «gemeinsam mit den massgeblichen Regierungen mit einem Problem auseinanderzusetzen, das nach internationaler Aufmerksamkeit verlangt». Auch Konkurrentin Vitol argumentiert, es sei einzig Sache der afrikanischen Regierungen, die Grenzwerte für Treibstoffe zu senken.

Sauberere Luft für eine Viertelmilliarde

Die beiden Firmen dürften kaum damit gerechnet haben, dass genau dies geschieht. Und zwar rasch. Die erste erfreuliche Nachricht kommt Anfang November aus Ghana: Die dortige «National Petroleum Authority» (NPA) kündigt an, den maximalen Schwefelgehalt für Dieselpimporte per März 2017 von 3000 ppm (parts per Million, Millionstel) um das 60-fache auf 50 ppm zu reduzieren. Das ist noch fünfmal so viel wie in Europa erlaubt, aber bereits ein schöner Erfolg.

Anfang Dezember dann folgt im nigerianischen Abuja ein wirklich grosser Schritt. An einem vom UNO-Umweltprogramm (UNEP) organisierten Treffen einigen sich die Regierungen von Nigeria, Benin, der Elfenbeinküste und Togo darauf, dem Beispiel Ghanas zu folgen und ab Mitte 2017 ebenfalls einen Schwefelgrenzwert von 50 ppm einzuführen. Das ist gegenüber heute je nach Land eine Senkung um das 60- bis 200-fache. Das UNEP rechnet vor, dass dadurch über 250 Millionen Menschen sauberere Luft einatmen werden. «Westafrika sendet ein starkes Signal, dass es dreckige Treibstoffe aus Europa nicht mehr länger akzeptiert», sagt UNEP-Direktor Erik Solheim. Die Chance ist gross, dass weitere Länder nachziehen werden. Insbesondere, weil mit Nigeria der grösste Treibstoffmarkt Westafrikas mit im Boot ist. Nun gehe es darum, zusammen mit den EU-Ländern, in denen diese Treibstoffe zu guten Teilen produziert würden, Lösungen zu finden, sagt David Ugolor, der Direktor unserer nigerianischen Partnerorganisation Africa Network for Environment and Econo-



© Public Eye



© Public Eye



© Eric de Mildt



© Public Eye



© Public Eye



© Mark Henley



© Mark Henley



© Mark Henley

mic Justice (ANEEJ). Damit das Geschäft mit dreckigen Treibstoffen für Afrika «ein für alle Mal» beendet werde.

Forderung nach Verbot in Amsterdam

Der Appell an Europa wird zumindest in Amsterdam, aus dessen Hafen ein grosser Teil der schwefelhaltigen Treibstoffe nach Afrika verschifft wird, gehört. Mit grosser Mehrheit nimmt das Stadtparlament Amsterdams nämlich einen Vorstoss an, der die Stadtregierung dazu verpflichtet, ein Verbot der Produktion und des Exports von Treibstoffen auszuhandeln, die einen höheren Schadstoffgehalt aufweisen als in der EU erlaubt. Es bleibt abzuwarten, ob die beiden anderen grossen Hafenstädte in der Region, Antwerpen und Rotterdam, dem Beispiel Amsterdams folgen werden. Fünfzig Prozent aller Treibstoffe für Westafrika stammen aus diesen drei Häfen.

Zahnloser Bundesrat

Anfang Dezember veranstaltet die niederländische Handelsministerin Lilianne Ploumen zusammen mit der Umweltministerin Nigerias, Amina Mohammed, eine Konferenz in Den Haag. Dort wird diskutiert, wer welchen Beitrag für eine Versorgung Afrikas mit saubererem Treibstoff leisten kann. Der kürzlich erschienene Bericht von Public Eye habe «unmissverständlich klar gemacht, dass koordinierte Massnahmen nötig sind, um den Export von dreckigem Treibstoff nach Westafrika zu verhindern», sagt Ploumen.

Die grossen Abwesenden an diesem Treffen sind die Rohstofffirmen. Trafigura taucht gar nicht auf, von Vitol erscheint einzig eine Kommunikationsperson. Und auch sie nur, «um zuzuhören». Ironischerweise treffen Mitarbeitende von Public Eye am Folgetag des Treffens den Managing Director von Vitol in einem Tanklager im Hafen von Amsterdam. Er ist also in Holland – aber offensichtlich anderweitig beschäftigt. Die Rohstoffhandelsfirmen sind kaum gewillt, freiwillig zur Lösung des Problems beizutragen. Doch auch die Schweiz als grösster Rohstoffhandelsplatz der Welt sieht sich offenbar nicht in der Verantwortung: Die Regierung hält es nicht für nötig, eine hochrangige Vertretung ans Treffen nach Den Haag zu schicken. Und der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte, den der Bundesrat im Dezember nach vier Jahren endlich verabschiedet, ist äusserst zahnlos: Er enthält keinerlei verbindliche Massnahmen für Unternehmen.

Ein weiteres Zeichen, dass die letztes Jahr von uns mitlancierte Konzernverantwortungsinitiative bitter nötig ist: Offensichtlich führt kein Weg daran vorbei, dass das Volk hiesige Unternehmen zu einer Sorgfaltsprüfung bezüglich Umwelt und Menschenrechten verpflichtet. •

Rohstoffhandel steckt in der Schmutzdelecke

Ausgerechnet die umsatzstärksten Schweizer Unternehmen haben das übelste Image: Das zeigt der wissenschaftliche «Reputationsmonitor Rohstoffbranche». Er attestiert selbst dem unter Dauerkritik stehenden Bankensektor einen besseren Ruf als Glencore, Trafigura & Co. Das sollte nicht nur diese Firmen, sondern auch die Schweizer Politik alarmieren. Und: Der klar dokumentierte Effekt der «Dirty Diesel»-Recherche zeigt, dass die Aufklärungsarbeit von Public Eye einigen Einfluss darauf hat, über welche Aspekte dieses Problemsektors berichtet wird.

OLIVER CLASSEN

Das Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft, kurz fög, untersucht und ordnet Medieninhalte nach wissenschaftlichen Kriterien. Mit seinem «Jahrbuch zur Qualität der Schweizer Medien» provoziert das vom 2015 verstorbenen Soziologieprofessor Kurt Imhof gegründete fög aber auch selber regelmässig Schlagzeilen. Weniger bekannt sind die professionellen Image-Analysen, welche das der Zürcher Universität angegliederte Institut für einzelne Unternehmen oder ganze Branchen erstellt. Im Auftrag von Public Eye hat es nun erstmals

die Berichterstattung von 22 Schweizer Leitmedien über die fünf führenden Schweizer Rohstofffirmen (Glencore, Gunvor, Mercuria, Trafigura, Vitol) ausgewertet. Der für diesen exklusiven «Reputationsmonitor» gewählte Zeitraum erstreckt sich von 2010 – also mehr als ein Jahr vor Glencores Börsengang und fast zwei Jahre vor der Veröffentlichung des Buchs «Rohstoff – das gefährlichste Geschäft der Schweiz» – bis zum Abschluss der «Dirty Diesel»-Kampagne zu gesundheitsschädigendem Treibstoff für Afrika im November 2016.

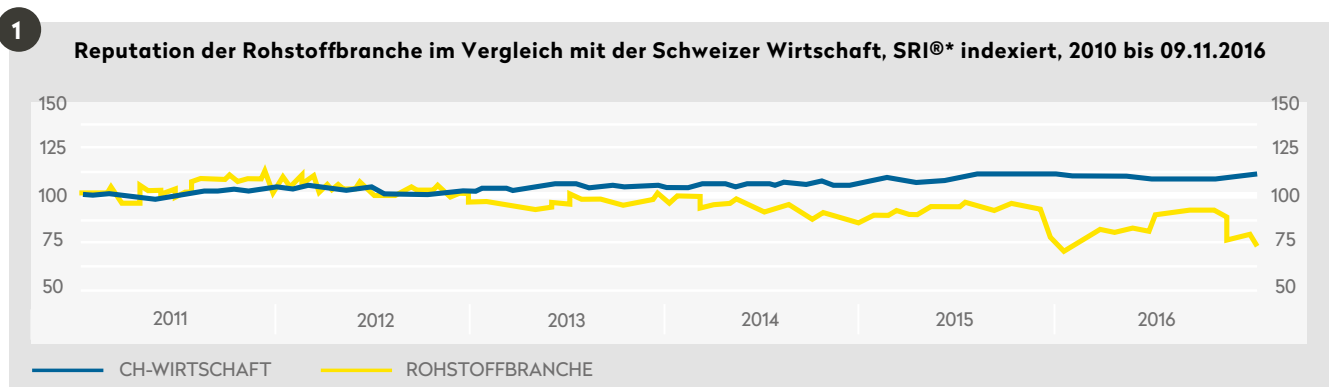


Gemessen wird die «reputationsrelevante Resonanz» nicht durch anonyme Algorithmen, sondern durch Kommunikationsforschende, die jeden Artikel integral lesen und anhand einer einheitlichen, «intersubjektivierten» Kriterienliste bewerten. Von der so analysierten Tonalität der Medienberichte lässt sich direkt auf die Akzeptanz der darin erwähnten Akteurinnen und Akteure schliessen.

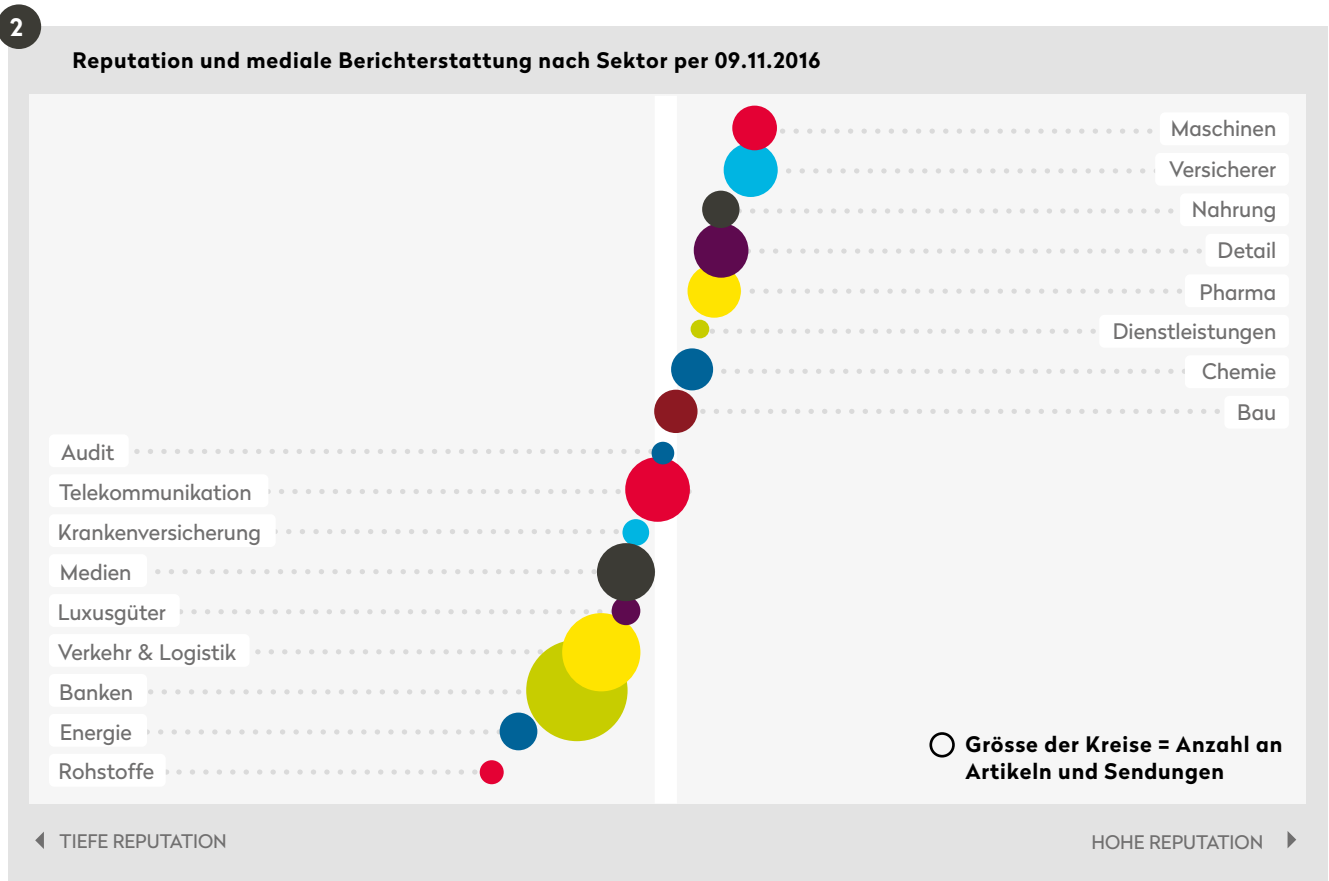
Schere zu anderen Sektoren geht weiter auf

Die beiden Hauptresultate der Analyse gleich vorweg: In den vergangenen knapp sieben Jahren ist die Bran-

chenreputation um satte 25 Indexpunkte gesunken. Zum Vergleich: Die restliche Schweizer Wirtschaft konnte ihre Imagewerte im gleichen Zeitraum, also nach der Finanzkrise, um immerhin zehn Punkte verbessern. Und: Die Arbeit von Public Eye zeigt offensichtlich Wirkung. *Grafik 1* zeigt deutlich die Effekte des intensiven Medienechos auf den Mitte September lancierten «Dirty Diesel»-Bericht. Als die Recherche über das Geschäft der Schweizer Rohstoffhandelsfirmen von den wichtigsten nationalen Medien aufgegriffen wurde, sackte der Ruf dieser Unternehmen sofort ab. Dasselbe war ihnen schon im Herbst 2015 widerfahren. Damals war

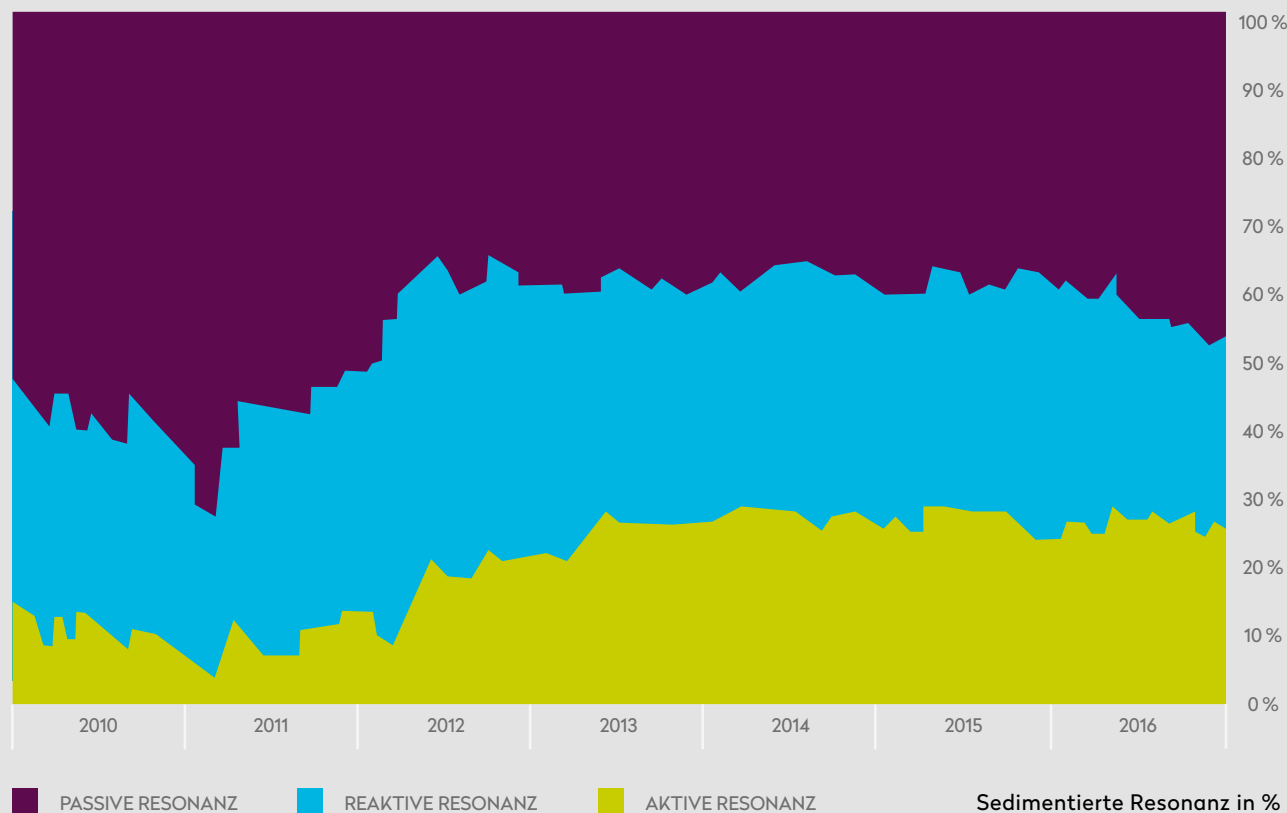


* Der Sedimented Reputation Index (SRI) modelliert die medienvermittelte, historisch gewachsene und im öffentlichen Gedächtnis verankerte Reputation von Unternehmen.



3

Wie Rohstofffirmen kommunizieren



allerdings nicht die Arbeit einer NGO der Auslöser gewesen, sondern der Markt. Die Preise für verschiedene Rohstoffe waren implodiert, was insbesondere bei Glencore mit seinen Minen zu grossen Umsatz-Einbussen geführt hatte.

Wenig bekannt, noch weniger beliebt

Ebenfalls aufschlussreich: Von den insgesamt 17 Sektoren, deren mediales Abbild das fög seit Jahren evaluiert, hat die volkswirtschaftlich immer wichtigere Rohstoffbranche den mit Abstand schlechtesten Ruf (*Grafik 2*). Während etwa Versicherungen, Maschinenhersteller oder Detailhändler als vergleichsweise rechtschaffen und vertrauenswürdig gelten, ist der kumulierte Ruf von Trafigura, Glencore oder Vitol noch mieser als jener der häufig kritisierten Unternehmen aus der Energie- und Finanzbranche.

Die Grösse der Punkte in der Grafik zeigt die Anzahl an Artikeln und Sendungen zum jeweiligen Sektor. Und da wird deutlich: In der Öffentlichkeit sind die Aktivitäten, Strategien und Strukturen der Rohstoffbranche nach wie vor erstaunlich selten Thema – obwohl Glencore, Vitol und Trafigura allesamt zu den fünf umsatzstärksten Konzernen der Schweiz gehören. Die Zahl der Berichte in Print-, Online- und elektronischen Medien zu Rohstoffunternehmen hat zwar zugenommen; bis dato wird

der Sektor aber in den Schweizer Medien fast zehn Mal seltener thematisiert als die etwas besser beleumdete Bankenbranche. Dazu passt, dass es – im Gegensatz zur Finanzbranche – selbst in den grossen Redaktionen noch immer keine zuständige Person für das so brisante wie relevante «Rohstoff-Dossier» gibt.

Trotz neuer PR-Stellen weiter wortkarg

Ein anderes Paradox illustriert *Grafik 3*: Zwar haben die vom fög-Monitor erfassten Rohstoffkonzerne in den letzten Jahren alle – teils, wie etwa Trafigura, massiv – in den Auf- und Ausbau interner Kommunikationsabteilungen investiert. Doch der Anteil der so genannt «passiven Unternehmenskommunikation» oder «Resonanz» hat von 2011 auf 2012 zwar abgenommen, bleibt aber seither unverändert hoch und ist seit diesem Jahr sogar wieder steigend.

Demnach gibt die notorisch geheimniskrämerische Branche Journalisten und Redaktorinnen weiterhin nur in jedem zweiten Fall Auskunft – wenn sie überhaupt noch für Stellungnahmen angefragt wird. Dass diese dann meistens nichtssagend ausfallen, wird in dieser Analyse freilich nicht erfasst. Dasselbe gilt für die Qualität der aktiven Unternehmenskommunikation: Sie beschränkt sich nämlich fast vollständig auf das Vermelden rudimentärster Geschäftszahlen und der wenigen nicht kontroversen Deals.

Die Aufteilung der Reputationswerte nach verschiedenen Aspekten der Firmentätigkeit in *Grafik 4* wiederum belegt: Verantwortlich für den miserablen Ruf sind primär die ethischen und gesetzlichen Fragen, welche einzelne Aktivitäten wie auch das gesamte Geschäftsmodell der Unternehmen aus diesem Sektor immer wieder aufwerfen.

Wenig soziale Verantwortung

Über die Strategie und den Geschäftsgang der Konzerne wird zusammengefasst zwar häufiger berichtet, doch die Artikel und Sendungen, die sich mit mangelnder Unternehmensverantwortung (CSR) und -regulierung beschäftigen, verursachen die mit deutlichem Abstand grössten Imageschäden. 2016 erreichte diese Entwicklung einen neuen Höhepunkt: Während sich der Ruf in Bezug auf die rein funktionalen Werte Strategie und Performance wegen der Erholung der Rohstoffpreise ins Positive wendete, kippten die Werte bezüglich der sozialen Aspekte noch stärker ins Negative. Beim Thema CSR standen die Unternehmen gegenüber Ende 2015 gar um krasse 51 Indexpunkte schlechter da. «Dieser signifikante Reputationsverfall ist das sichtbare

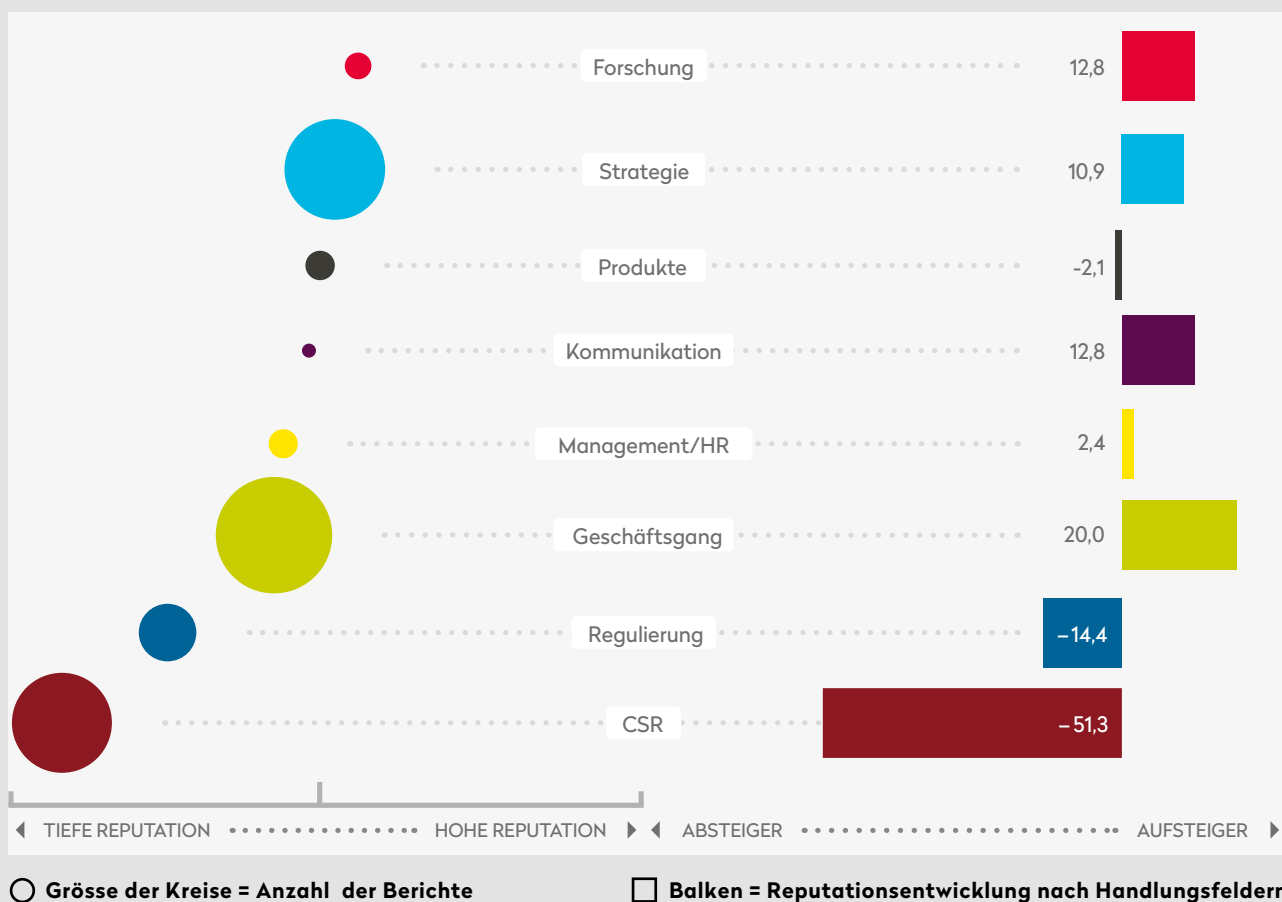
Ergebnis der medial sehr breit aufgenommenen «Dirty Diesel»-Kampagne», sagt fög-Studienleiter Angelo Gisler. Soll heissen: Dank Public Eye beschäftigten sich diesen Herbst deutlich mehr Journalistinnen und Journalisten mit den sozialen Auswirkungen der Rohstoffbranche. Inzwischen dreht sich fast jeder dritte Bericht über diese Schweizer Konzerne um Fragen fehlender Transparenz und Nachhaltigkeit oder, wie zuletzt, ganz konkrete Menschenrechtsverstösse.

Eine Chance vertan

Noch weniger freuen wird die im Zentrum des «Dirty Diesel»-Berichts stehenden Genfer Konzerne der direkte Vergleich der fünf führenden Unternehmen auf dem Rohstoffplatz Schweiz. Denn dieser zeigt kristallklar, welche markante Reputationsverluste Trafigura wie auch Vitol seit September 2016 zu beklagen haben. So hat Trafigura den gesamten Imagegewinn, den ihr unter anderem der freiwillige Beitritt zur Transparenzinitiative EITI Ende 2014 beschert hatte, innert Wochenfrist wieder eingebüsst. Aber auch Vitols Ruf hat durch das Ignorieren der «Dirty Diesel»-Resultate deutlich gelitten. Angesichts ihrer mittlerweile gut dotierten und hoch

4

Berichterstattung und Reputationsentwicklung nach Handlungsfeldern im Jahr 2016



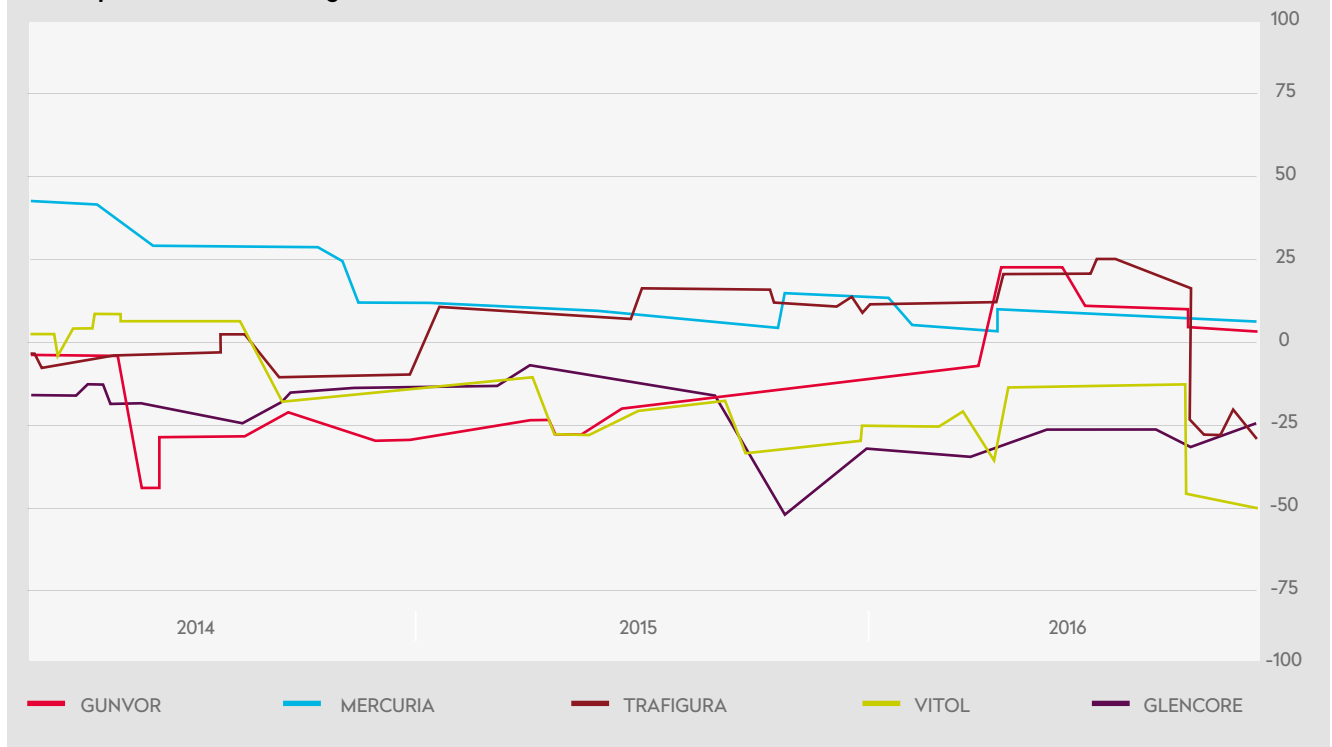
Während in den meisten Handlungsfeldern die Reputationswerte stabil blieben oder sich leicht verbesserten (Geschäftsgang), zementiert sich die Kritik aufgrund moralischer Verfehlungen (CSR).

spezialisierten PR-Abteilungen, deren Hauptaufgabe in einem möglichst effektiven Reputationsmanagement besteht, verwundert es, dass beide Unternehmen die «Dirty Diesel»-Kampagne nur ausgesessen statt offensiv für ihre Imagezwecke genutzt haben – zum Beispiel durch einen offenen Dialog oder, viel besser noch, einen ersten freiwilligen Schritt in Richtung saubere Treib-

stoffe für alle Länder - auch jene mit noch zu hohen Standards. Die Quittung für diese arrogante Haltung manifestiert sich nun in der steil abstürzenden dunkelroten beziehungsweise grünen Kurve (Grafik 5). Sie können durchaus als Warnschuss an die Rohstofffirmen gelesen werden, wenn es um den Umgang mit NGO-Kritik und deren medialem Echo geht. ■

5

Reputationsverlauf der grössten Rohstofffirmen



Die grafischen Abbildungen in diesem Artikel sind eigene Darstellungen von Public Eye/artischock.net nach der Vorlage von Grafiken aus der f&g-Studie.



Geständnisse eines halbwegs reuigen Traders

Zum ersten Mal bricht ein Ölhändler das Gesetz des Schweigens, das im Rohstoffsektor vorherrscht. Unter einem Pseudonym berichtet er detailliert über seine neunjährige Tätigkeit bei Vitol in Genf.

MARC GUÉNIAT

Die Veröffentlichung seiner Autobiografie ist für den ehemaligen Trader Jonathan Ford, der eigentlich anders heisst, weniger ein Akt der Reue angesichts möglicher Gewissensbisse, sondern vielmehr ein Befreiungsschlag, mit dem er endlich sein langjähriges Leiden zum Ausdruck bringt. Seine depressive Erkrankung wird bereits im Titel angekündigt: «Depression, Oil Trading & A Mind At War With Itself».

Das Buch ist eine Premiere: Zum ersten Mal spricht ein Ölhändler über sich – und sein Metier. Der Brite, der sich vor fast zwanzig Jahren aus dem Geschäft zurückgezogen hat, liefert ein Zeugnis ab, dessen Wert in erster Linie ein historischer ist. Verfasst hat er seine Autobiografie in Austin, Texas, wo er von den Millionen lebt, die er anhäuften, als das Ölgeschäft zu boomen begann.

«Keine Diskriminierung»

Mehr durch Zufall als aus Berufung findet der in Oxford diplomierte Atomphysikingenieur in den geschlossenen Kreis des Erdölhandels. Nach diversen beruflichen Erfahrungen wird er im März 1988 von einem erfahrenen Händler angestellt und tritt einer kleinen, rasch expandie-

renden Firma bei: Vitol. Der Händler ist niemand anderes als Ian Taylor, der heutige Direktor des Unternehmens, das mit einem Umsatz von 168 Milliarden US-Dollar 2015 an der Spitze des Rohstoffhandels steht. Fords bewegter Bericht ist auch die Chronik dieses rasanten Aufstiegs und der Methoden, die diesen ermöglichten.

Mit irritierendem Freimut und erstaunlich unreflektiert gegenüber Praktiken, die er manchmal selbst als zweifelhaft bezeichnet, erzählt Jonathan Ford Anekdoten seines Werdegangs. Wie in einem Spionageroman verwenden die Protagonisten und Protagonistinnen Deckna-

«Alle Transaktionen in London wurden offiziell von der Vitol SA in Genf abgewickelt (...), von einem sehr vielbeschäftigten Mann namens Walter Kruse. (...) Um unsere Situation etwas glaubhafter erscheinen zu lassen, war entschieden worden, einen Händler nach Genf zu schicken.»

men für «sensible» Handelspartner: «Kaktus» für den Iran, «Tulpe» für Südafrika und «Insel des Handels» für Kuba. Was ist Fords Standpunkt gegenüber den Machenschaften der Branche? Er zitiert den ebenso obskuren wie berühmten Trader Marc Rich. Einem Journalisten, der Rich zu möglichen moralischen Dilemmas seiner Geschäfte mit «Pariestaaten» befragte, hatte der folgendermassen geantwortet: «Es ist ganz einfach. Bei uns gibt es keine Diskriminierung.» Damit ist vieles gesagt.

«Nigel erklärte, wir hätten sicher viel gelernt. Worauf Tony trocken erwiderte: Nun, das ist grossartig. Wir hätten ein verd... Universum kaufen können mit dem Betrag, den wir verloren haben.»

Zu Beginn versteht der junge Händler nichts vom Jargon und den Regeln des Dschungels, in dem er sich bewegt. Doch mit der Zeit macht er sich damit vertraut.

Lügen und ausquetschen

Die Maximierung der Gewinne der Firma, und damit seiner eigenen, steht über der Art und Weise, wie diese erzielt werden. Ein «Squeeze» bezeichnet beispielsweise eine riskante Operation, bei welcher der Markt «ausgequetscht», also ausgetrocknet wird: Man kauft die erforderliche Anzahl Ladungen, um die Preise in die Höhe zu treiben, verkauft sie wieder und streicht dabei saftige Gewinne ein. Oft sind es die Raffinerien, die unter solchen Manipulationen leiden und sich gezwungen sehen, das Rohöl zu überhöhten Preisen einzukaufen.

Mit den Indizes zu spielen, die den Ölpreis bestimmen, scheint ein Leichtes zu sein – selbst bei Referenzsorten wie dem Nordseeöl Brent: Die Trader belügen die Journalistinnen und Journalisten des Informationsdienstes Platts, der diese Indizes publiziert, bezüglich der Preise ihrer Transaktionen. Nach jeder Neuerung, die diese Auswüchse beenden sollte, «haben die Trader, weil sie sind, wer sie sind, eine neue Möglichkeit gefunden, das System

zu missbrauchen», schreibt Ford. Gehören die von ihm beschriebenen Tricks der Vergangenheit an? Das ist nicht so sicher. 2012 wurde das Unternehmen Gunvor von der britischen Wochenzeitschrift *The Economist* bezichtigt, in einem von ihm beherrschten Segment des Ölmarkts gleich vorgegangen zu sein.

Produktiver «Genfer»

Auch im Steuerbereich übte sich Vitol im Systemmissbrauch – und trieb es dabei manchmal bis zum Äussersten. Während Jahren zählt die Genfer Sparte des Konzerns offiziell einen einzigen, «vielbeschäftigten» Angestellten. Auf dem Papier weist dieser tatsächlich eine phänomenale Produktivität auf: Er allein tätigt die meisten Geschäfte, während Dutzende von Tradern in London auf der faulen Haut zu liegen scheinen. Was für ein Glücksfall! In der Schweiz wird der Gewinn von Vitol zu die-

Zinssatz umgangen werden. Für eine möglichst tiefe Besteuerung genügt es, die fiktiven Transaktionen der Gruppe zu vervielfachen und am Ende nur die tiefste zu deklarieren.

Krisen als Chancen

Obwohl Jonathan Ford sich während der 1990er-Jahre zum Teilhaber hinaufarbeitet und einer von Vitols Kleinaktionären wird, bleibt ihm die Struktur der Gruppe seinen eigenen Angaben zufolge ein Rätsel. Die zugehörigen Unternehmen sind auf mehrere Staaten mit unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten verstreut, darunter nicht zuletzt «eine Insel in der Karibik». Fords Schilderungen entsprechen denjenigen, die *Public Eye* 2011 im Buch «Rohstoff – das gefährlichste Geschäft der Schweiz» veröffentlichte.

Der Bericht Fords wäre vor allem eine erbarmungslose Anklageschrift, wenn es dem Erzähler nicht

derart am Herzen liegen würde, sein eigenes Leid zu teilen. Die Turbulenzen der Weltgeschichte lesen sich aus der Sicht der Industrie eigen: Die irakische Invasion Kuwaits unter Saddam Hussein? Eine Gelegenheit für gute Geschäfte. Das Apartheid-Regime: Vitol handelt zwar nicht mit ihm,

«Ich habe die Struktur [von Vitol] nie vollständig durchschaut.»

seine Kader reisen aber regelmässig nach Südafrika, um die guten Beziehungen aufrechtzuerhalten, sollte das Wirtschaftsembargo aufgehoben werden. Ein starkes Zeichen für das Fortbestehen dieses risikobasierten Geschäftsmodells ist die Tatsache, dass Vitol 2012 von der Agentur Reuters in flagranti dabei ertappt wurde, wie es mit dem damals mit Sanktionen belegten Iran Handel trieb.

Die Informationen in dieser Autobiografie mögen nicht die aktuellsten sein, doch im Grossen und Ganzen scheinen

«Ian [Taylor, der heutige CEO von Vitol] war ein drahtiges, kahlköpfiges Energiebündel, der in den Augen einiger vorlauter Kollegen Gandhi ähnelte. Er hasste diesen Vergleich sehr.»

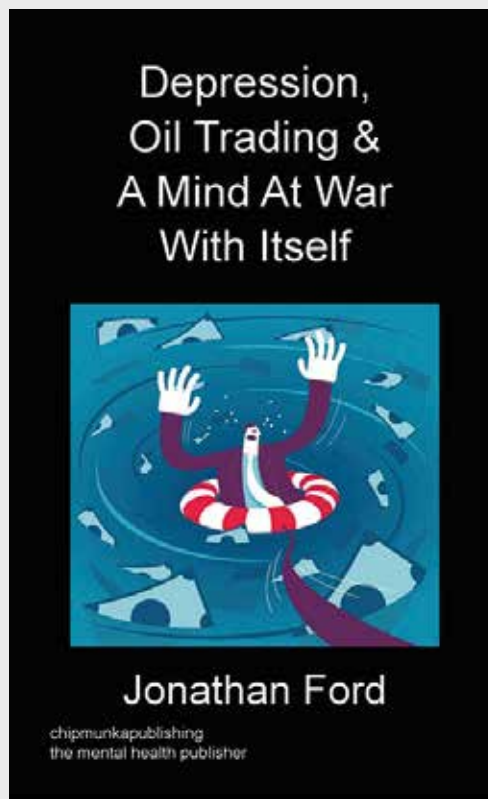
sie der heutigen Realität des Rohstoffhandelssektors zu entsprechen. Mit den Worten des Autors: Die Trader sind immer noch, wer sie sind. Nur sind die Methoden mittlerweile raffinierter.

Heute verbringt Jonathan Ford seine Tage im Komfort des texanischen Ruhestands – alles andere als unbeschwert. Die Depression nage während «mehr als 90 %» der Zeit an ihm. ■

«Mein Job war unglaublich spannend und aufregend. Im einen Moment kümmerte ich mich um eine iranische Schiffsladung für den Nordwesten Europas, im nächsten bot ich auf das Rohöl eines westafrikanischen Tankers.»

sem Zeitpunkt zu gerade einmal fünf Prozent besteuert. Es dauert Jahre, bis das britische Finanz- und Wirtschaftsministerium beginnt, sich Fragen zu stellen. Von da an wird es zum wichtigen Ziel, der Schweizer Geschäftstätigkeit Glaubwürdigkeit zu verleihen. Und so wird der junge Trader im November 1989 von London nach Genf verlegt.

Mit einem anderen Trick, dem sogenannten «Tax Spinning», soll die auf den Preis jeder Transaktion anwendbare britische Erdölabgabe mit festem



Jonathan Ford, «Depression, Oil Trading & A Mind At War With Itself», Chipmunkpublishing, 2016.

Schon über 200 000 Unterschriften gegen Stevia- Biopiraterie von Coca-Cola

Die indigenen Guaraní Brasiliens und Paraguays erfahren grosse Unterstützung und Aufmerksamkeit mit ihrer Forderung nach einer fairen Beteiligung am Geschäft mit Stevia.

In der letzten Ausgabe unseres Magazins haben wir berichtet, wie sich die indigenen Guaraní-Völker der Kaiowá aus Brasilien und der Paï Tavyterá aus Paraguay zusammengeschlossen haben, um sich gegen die Biopiraterie mit Stevia zu wehren. Die heute in prekärsten Verhältnissen lebenden Guaraní nutzen die Pflanze seit über 1500 Jahren als Süss- und Heilmittel. Doch während Nahrungsmittelmultis Stevia-gesüsste Produkte in immer grösserem Stil kommerzialisieren, haben die «Entdecker» der Pflanze bisher keinen Rapen von diesem Erlös gesehen – obwohl sie gemäss der UNO-Biodiversitätskonvention und des Abkommens zu deren Umsetzung, des Nagoya-Protokolls, am Geschäft mit Stevia fair beteiligt werden müssten.

Die Rechte der Guaraní sind offensichtlich vielen ein Anliegen: Über 200 000 Personen haben die von uns zusammen mit unserer Partnerorganisation

SumOfUs lancierte Petition bereits unterschrieben, die stellvertretend von Coca-Cola verlangt, dass der Konzern mit den Guaraní eine faire Beteiligung am Gewinn mit der süssen Pflanze aushandelt.

Thema bei BBC und in Le Monde

Und bekannte Medientitel in Südamerika und Europa haben das Thema entdeckt. So berichtete etwa im November BBC Mundo darüber, warum die «populäre Stevia-Pflanze» zu einer Konfrontation Indigener mit «mächtigen Multinationalen wie Pepsi und Coca-Cola» führe. In der Schweiz nahm – neben verschiedenen anderen Titeln – die NZZ das Thema auf, und Le Monde titelte: «Stevia im Herzen eines Biopiraterie-Skandals».

Unsere Gespräche hinter den Kulissen mit Produzenten und Nutzern von Stevia-basierten Süsstoffen gehen derweil weiter. ■



Bilder: Luis Vera

Mangelhafte Umsetzung verhindert effiziente Bekämpfung von Biopiraterie

Gemäss der Biodiversitätskonvention der UNO haben die Guaraní grundsätzlich das Recht auf eine gerechte und ausgewogene Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung ihres traditionellen Wissens zur Pflanze Stevia ergeben. Die Konvention wurde 1992 ausgehandelt und von allen Ländern ausser den USA und dem Vatikan ratifiziert. Allerdings blieben die darin enthaltenen Bestimmungen über weite Strecken tote Buchstaben. Mit dem 2014 in Kraft getretenen Nagoya-Protokoll sollte sich dies ändern. Aber dessen Umsetzung in der Schweiz und der EU ist dermassen mangelhaft, dass die Herkunftsstaaten genetischer Ressourcen und deren traditionelle Gemeinschaften ihr Recht in Europa nur selten tatsächlich durchsetzen können.

Im Gegensatz zu den Gesetzgebungen der überwiegenden Mehrheit der Länder des Südens sieht die

«europäische» Regulierung eine Vorteilsaufteilung nur dann vor, wenn auf eine genetische Ressource nach Ratifizierung des Nagoya-Protokolls im Herkunftsstaat zugegriffen wurde. Und traditionelles Wissen soll nur dann geltend gemacht werden können, wenn dieses vertraglich geregelt wurde. Das heisst: Alle Ressourcen, die vor 2014 ausser Landes gebracht wurden, aber erst jetzt genutzt werden, und jede Nutzung von traditionellem Wissen, zu der indigene Völker keine Zustimmung gegeben haben, fallen nicht unter die Bestimmungen. Zusammen mit der Partnerorganisation Natural Justice benennt Public Eye im neuen Bericht «The two worlds of Nagoya» diese Lücken und zeigt Lösungsansätze auf, wie diese geschlossen werden könnten.

Mehr auf www.publiceye.ch unter «Biodiversität»

Letztes Jahr trafen sich die Guaraní im Grenzgebiet von Paraguay und Brasilien, um ihr Vorgehen im «Fall Stevia» zu besprechen.



Unterschreiben auch Sie die Petition und lesen Sie die Geschichte der Guaraní und ihrer Mobilisierung für eine Beteiligung am Geschäft mit Stevia online: www.stevia.publiceye.ch

Alle haben ein Recht auf Gesundheit

Der letzten September veröffentlichte Bericht eines UNO-Panels über den Zugang zu Medikamenten zeigt ausführlich auf, wie die heutige Anwendung der geistigen Eigentumsrechte die Umsetzung des Rechts auf Gesundheit erschwert. Alt Bundesrätin Ruth Dreifuss war Co-Leiterin der Expertengruppe. Mit uns hat sie über die kontroverse Problematik gesprochen und erklärt, warum es nötig ist, jetzt zu handeln.

INTERVIEW: GÉRALDINE VIRET

Frau Dreifuss, trotz enormer medizinischer Fortschritte verfügen Millionen von Menschen nicht über den Zugang zu der medizinischen Behandlung, die sie nötig hätten. Wie ist dieses Paradox zu erklären?

Zu unzähligen Krankheiten forscht die Pharmaindustrie kaum, weil sich die Patientinnen und Patienten die Arzneimittel entweder nicht leisten können oder weil es zu wenig Betroffene gibt, damit der Absatzmarkt genügend gross wäre. Ausserdem erhalten Unternehmen durch Patente ein zeitweiliges Monopol und können so die Preise vollkommen wettbewerbsbefreit festlegen. Diese sind heute teilweise unwahrscheinlich hoch. Die Aufgabe des Panels beschränkte sich allerdings auf die Analyse der Wechselwirkung zwischen dem geistigen Eigentumsrecht, der Innovation im Bereich medizinischer Technologien und dem Zugang zu letzteren durch Personen, welche sie benötigen. Es gibt andere Hindernisse, doch wir hatten weder den Auftrag noch die Zeit, diese zu analysieren.

Man spricht von «vernachlässigten Patienten». Wer sind sie?

Der Begriff «vernachlässigte Patienten» bezeichnete ursprünglich tropischen – hauptsächlich übertragbaren – Krankheiten ausgesetzte Menschen in Entwicklungsländern sowie Personen mit seltenen Krankheiten. Heute stellen jedoch nicht übertragbare Krankheiten wie Krebs oder Diabetes für alle Gesellschaften eine deutlich grö-

sere Last dar, sei es im Norden oder im Süden. Die Kosten für die Behandlung dieser Erkrankungen sind dermassen hoch, dass selbst die Versicherungssysteme und das Gesundheitswesen wohlhabender Länder sie kaum mehr tragen können. So erreicht die Zweiklassenmedizin allmählich die reichsten Länder.

Die Pharmakonzerne berufen sich zur Rechtfertigung ihrer Preise auf die hohen Kosten für Forschung und Entwicklung. Was erwidern Sie darauf?

Forschung und Entwicklung ist teuer, jedoch keineswegs der einzige Grund für die hohen Medikamentenpreise. Da jegliche Transparenz fehlt, kann

«Die Zweiklassenmedizin erreicht allmählich die reichsten Länder.»

man lediglich Schätzungen anstellen. Diese gehen aber davon aus, dass die Marketingausgaben der Unternehmen höher sind als die Investitionen für Forschung und Entwicklung. Vor allem aber ist die Medizin zum Gegenstand weitreichender Finanzspekulation geworden.

Haben Sie ein Beispiel dafür?

Investitionen in Forschung und Entwicklung werden oft von Jungunternehmen getätigt, welche in der Folge von Grosskonzernen aufgekauft werden,



Setzt sich ein gegen die Ungleichheit bei der Behandlung von heilbaren Leiden: alt Bundesrätin Ruth Dreifuss.

die sich hohe Erträge erhoffen. Dies ist etwa beim Arzneimittel gegen Hepatitis C der Fall, dessen überhöhter Preis heute viel zu reden gibt. Je mehr bei Pharmafirmen die Dividenden-Ausschüttung im Vordergrund steht, desto grösser ist der Druck, dass sie kurzfristige Erträge bevorzugen und Studien vernachlässigen, die vielleicht erst langfristig zu einem Ergebnis führen.

Zur Behebung dieser Missstände schlägt das Panel im Bericht die Ausarbeitung «kreativer Lösungen» vor. Worum handelt es sich?

Eine erste Lösung wäre es, die Kostentransparenz zu erhöhen und so die Macht der für die Preisgestaltung zuständigen Behörden zu stärken, damit die Medikamentenpreise tatsächlich in einem Ver-

hältnis zu den Investitionen stehen. Ausserdem müsste man andere Innovationsanreize schaffen als die Grösse des Absatzmarktes und das zeitweilige Monopol durch Patente.

Welche Art von Anreizen?

Einerseits Anreize im Vorfeld, in Form von Subventionen und der gemeinsamen Nutzung privater und öffentlicher wissenschaftlicher Daten und Erkenntnisse, andererseits Ex-Post-Anreize wie etwa Kaufversprechen bei erfolgreicher Entwicklung neuer biomedizinischer Technologien. Das Beispiel öffentlich-privater Partnerschaften, beispielsweise der Drugs for Neglected Diseases initiative (DNDi), zeigt, was man ausserhalb eines rein kapitalistischen Ansatzes erzielen kann.



Ruth Dreifuss im September 2016 an einer von Public Eye mitorganisierten Konferenz zu klinischen Versuchen.

Staaten haben auch andere Möglichkeiten, um Einfluss zu nehmen. Etwa, indem sie die Herstellung von Generika erlauben, obwohl ein Medikament unter Patentschutz steht. Kolumbien will dies im Fall des Krebsmedikaments Glivec von Novartis tun. Warum machen so wenige Länder von diesem Recht Gebrauch?

Das TRIPS-Abkommen sieht Ausnahmen zugunsten der öffentlichen Gesundheit vor. Diese wurden in der Erklärung von Doha der WTO bestätigt. Nichtsdestotrotz üben die Pharmaindustrien und die Länder, welche sie beherbergen, unaufhörlich Druck aus, damit die Rechte der Staaten so restriktiv wie möglich interpretiert werden. Manchmal reicht die Androhung von Handelssanktionen, um eine Regierung zum Zurückkrebsen zu bewegen. Als Kolumbien Schritte einleitete, um für Glivec eine Zwangslizenz erteilen zu können, befolgte es dabei alle Regeln.

Was halten Sie vom Verhalten der USA und auch der Schweiz, welche versucht haben, die kolumbianische Regierung von diesem Vorhaben abzubringen?

Dass Staaten Druck ausüben, ist schockierend – in diesem Fall vor allem, weil die USA die Finanzierung des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC damit verknüpfte.

Wie haben die Schweizer Pharmaunternehmen auf Ihren Bericht reagiert?

Ich habe den Eindruck, die – vielleicht international abgesprochene – Strategie der Pharmaindustrien besteht darin, möglichst nicht zu reagieren, in der Hoffnung, der Bericht verschwinde von der Bildfläche. Sie sprechen über die Wichtigkeit der geistigen Eigentumsrechte – mit dem impliziten oder expliziten Vorwurf, man schade Patientinnen und Patienten, wenn man die Lücken dieser Rechte aufzeigt. In der Schweiz hat es keine heftigen Reaktionen gegeben und die Haltung der Regierung ist, wenn auch nicht weit von derjenigen der USA entfernt, diplomatischer ausgefallen.

Doch ohne das Engagement von Staaten wie der Schweiz, die über eine bedeutende Pharmaindustrie verfügen, können Ihre Empfehlungen nicht umgesetzt werden. Was erwarten Sie vom Bundesrat?

Ich erwarte von der Schweiz, dass sie dem Druck, der von den Industrien ausgeübt wird, damit die in der Erklärung von Doha vereinbarte Flexibilität nicht angewandt wird, kritisch gegenübersteht und die Industrien nicht unterstützt. Die Schweiz sollte dafür sorgen, dass die Klausel in der eigenen Gesetzgebung tatsächlich umgesetzt wird, welche bei dringendem Bedarf die Möglichkeit der Erteilung einer Zwangslizenz zur Herstellung eines

Medikaments und dessen Ausfuhr in ein Land vorsieht, das nicht über die nötigen Produktionskapazitäten verfügt. Ausserdem sollte sie das bei der WHO schon zu lange blockierte Projekt eines Finanzierungsmechanismus für Forschung und Entwicklung unterstützen.

Ermöglicht dieser Bericht echte Fortschritte?

Ein solcher Bericht ist immer nur ein Instrumentarium mit Argumenten und möglichen Richtungen. Alles hängt davon ab, wer diese Instrumente nutzt.

«Die Medizin ist zum Gegenstand weitreichender Finanzspekulation geworden.»

Ich bin zuversichtlich, dass die in diesem Bereich tätigen Organisationen sie zu nutzen wissen, um die notwendigen Reformen voranzutreiben. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gab es – vor allem beim gemeinsamen Kampf gegen HIV und AIDS – eine grosse internationale Dynamik. Die in diesem Bericht angesprochenen Themen werden, zusammen mit anderen Herausforderungen wie der zunehmenden Antibiotikaresistenz von Bakterien, diese Dynamik neu in Schwung bringen. Wir müssen handeln, denn alle haben ein Recht auf Gesundheit.

Wie sehen Sie die Rolle von NGOs wie Public Eye?

Viele gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure engagieren sich für eine medizinische Innovation,

die den tatsächlichen Problemen gerecht wird und allen zugänglich ist: Patientengruppen, die ungedeckte Bedürfnisse sichtbar machen; Wissenschaftlerinnen, die mit ihrer Forschung nicht in erster Linie Aktionäre bereichern wollen, Ärzte, welche die bestmögliche Behandlung anstreben usw. Sie alle spielen eine wichtige Rolle. Eine Organisation wie Public Eye konzentriert sich darauf, zu analysieren, wie sich das Verhalten von – namentlich Schweizer – Unternehmen auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen auswirkt und liefert damit präzise Fakten für eine Bewegung, welche die Grundrechte verteidigt. Die politischen Aktivitäten der Organisation, aktuell besonders die Konzernverantwortungsinitiative, fördern die öffentliche Debatte und dienen der Privatwirtschaft und der Regierung hoffentlich als Antrieb.

Was hat Sie dazu bewogen, sich in diesem Kampf zu engagieren?

Ist die Ungleichheit in Bezug auf heilbare Leiden und Krankheiten nicht die untragbarste aller Ungleichheiten zwischen arm und reich? •

Zur Person Ruth Dreifuss ist seit vielen Jahren Mitglied von Public Eye. Als Bundesrätin stand sie von 1993 bis 2002 dem Departement des Innern vor und war insbesondere zuständig für das Gesundheitssystem, die Sozialversicherungen und die wissenschaftliche Forschung. Seit ihrem Rückzug aus der Bundespolitik engagiert sie sich im Bereich der öffentlichen Gesundheit, des geistigen Eigentums und der Menschenrechte.

Das Interview wurde schriftlich geführt.

UNO-Bericht wird von NGOs begrüsst

Ende 2015 kündigte UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon die Einrichtung eines «hochrangigen Panels über den Zugang zu Medikamenten» an, bestehend aus fünfzehn Sachverständigen mit unterschiedlichem Hintergrund, unter anderem aus der Pharma-Industrie. Der Bericht «Promoting Innovation and Access to Health Technologies» des Panels fordert von Regierungen die Aufnahme von Verhandlungen für ein

internationales Übereinkommen zu einer auf dem Recht auf Gesundheit gründenden Forschung und Entwicklung, die Abkoppelung der Forschungsfinanzierung vom Endpreis der Arzneimittel und die Erhöhung der öffentlichen Mittel. Die Expertinnen und Experten unterstreichen, wie wichtig es ist, dass Staaten im Rahmen von Handelsregeln und Freihandelsabkommen den Zugang zu erschwinglichen Behand-

lungen schützen können. Sie fordern zudem mehr Transparenz als unverzichtbare Voraussetzung für die Achtung der Menschenrechte.

Für Public Eye zeigt dieser fundierte Bericht einmal mehr auf, dass das aktuelle System in die Sackgasse führt. Die Regierungen müssen die Empfehlungen des Berichts möglichst unverzüglich umsetzen. Besuchen Sie www.publiceye/medikamente



Packt die Politik ihre Chance?

© Christian Beutler/Keystone

Keine Armeestiefel mehr, die zu Hungerlöhnen produziert werden: Politikerinnen und Politiker von links bis rechts fordern, dass Bund, Kantone und Gemeinden nachhaltiger einkaufen. Bundesrat und Parlament haben es nun in der Hand, dafür zu sorgen.

CHRISTA LUGINBÜHL

Im September 2012 titelt die Sonntagszeitung: «Nach Strich und Faden ausgenutzt: Der Schweizer Zivilschutz lässt Uniformen in Indien produzieren - unter unmenschlichen Bedingungen». Im April 2014 schreibt die NZZ: «Zivilschutz-Kleider aus Bulgarien: Kanton Zürich lässt in Billiglohnland nähen.» Im vergangenen November berichtet die SRF-Rundschau: «Die Rekruten der Schweizer Armee bekommen neue Kampfstiefel, hergestellt in Rumänien. Doch jene, die den Stiefel produzieren, müssen mit einem Hungerlohn auskommen.»

Vier Jahre, drei Fälle, ein Missstand: Öffentliche Beschaffungen orientieren sich wenig bis gar nicht an Nachhaltigkeitskriterien. Während für viele private Konsumentinnen und Konsumenten Aspekte wie Bio-Anbau, fairer Handel oder sozialverträgliche Produktion beim Kaufentscheid eine zentrale Rolle spielen und es sich kaum mehr eine Firma leistet, keine Rechenschaft über Nachhaltigkeitsbestrebungen in ihrer Produktionskette abzulegen, kaufen Bundesstellen, Kantone und Gemeinden in der Regel nach wie vor einfach bei jenem Anbieter

ein, der das günstigste Angebot unterbreitet. Dabei geht es um eindruckliche Summen: Der Einkauf der öffentlichen Hand in der Schweiz beläuft sich auf geschätzte 40 Milliarden Steuerfranken – jedes Jahr.

Den «Systemfehler» beheben

Nach ihrer Recherche zur Kampfstiefel-Produktion in Rumänien – wo für einen Stundenlohn von weniger als zwei Franken gearbeitet wird – befragte die Rundschau Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Und es zeigte sich, dass grosser Konsens herrscht: Solche Aufträge soll es nicht mehr geben. CVP-Nationalrat Jakob Büchler (SG) sagte, die Vergabe sei «nicht gerade vorbildlich und kaum Image fördernd für die Schweiz.» Er habe nichts dagegen, dass im Ausland für die Armee produziert werde. «Aber dies soll unter menschenwürdigen Umständen geschehen.» Der Zürcher Balthasar Glättli (Grüne) forderte, die öffentliche Hand müsse «nicht nur Qualität bei den Produkten sicherstellen, sondern auch bei den Produktionsbedingungen». Es liege «ein Systemfehler» vor,

sagte Walter Müller von der FDP St. Gallen, «wenn bei Vergaben immer nur die billigsten Anbieter den Zuschlag bekommen». Wie also kann dieser Systemfehler behoben werden? Für Beat Flach (GLP Aargau) liegt das auf der Hand: «Man muss einfach im Beschaffungsgesetz Sozial-

**Vier Jahre, drei Fälle, ein Misstand:
Öffentliche Beschaffungen orientieren sich wenig bis gar nicht an Nachhaltigkeitskriterien.**

standards aufnehmen, an die man sich halten muss.» Das fordert auch die Zürcher BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti: Ein reiches Land mit einer humanitären Tradition wie die Schweiz könne es sich nicht leisten, Produzenten im Ausland unanständig zu behandeln. «Deshalb steht für mich ausser Frage, dass das Beschaffungsgesetz so angepasst werden muss, dass soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten sind.»

Revision als grosse Chance

Dieses Beschaffungsgesetz wird zurzeit revidiert. Und von dieser Revision wird es abhängen, ob die öffentliche Hand den schönen Worten, die der Bundesrat in seiner Strategie «Nachhaltige Entwicklung» formuliert hat, Taten folgen lassen kann: Der Bund nehme bei seinem Konsumverhalten eine Vorbildfunktion ein, heisst es dort, indem er Produkte nachfrage, «die wirtschaftlich, umweltschonend und gesundheitsverträglich sind und die möglichst sozial verantwortungsvoll produziert werden». Doch das heute geltende Beschaffungsgesetz stellt für all jene, die nachhaltig einkaufen möchten, eine Hürde dar.



Bilder: SRF Rundschau

Da sie das «wirtschaftlich günstigste» Angebot auswählen müssen, bewegen sie sich in einem juristischen Graubereich, wenn sie etwa eine Firma, welche konsequent auf die Bezahlung von Existenzlöhnen hinarbeitet, dafür beim Zuschlag positiver bewerten. Das Beschaffungsgesetz erschwert also die nachhaltige Beschaffung, soweit es sie nicht sogar ganz unterbindet. Für die Berücksichtigung von Sozialkriterien bei der Auftragsvergabe fehlt heute die gesetzliche Grundlage. Mit der Revision kann eine solche endlich geschaffen werden.

In konservativen Kreisen wird in der Schweizer Debatte zuweilen moniert, das WTO-Abkommen zum Beschaffungswesen (GPA), das die Schweiz mitunterzeichnet hat, würde die Berücksichtigung von Sozialkriterien verbieten. Doch das stimmt so nicht. Die Europäische Union etwa hat in ihren Vergaberichtlinien von 2014 weitgehende Bestimmungen über Sozialkriterien aufgenommen – ohne dass die WTO dagegen protestiert hätte. Die Schweiz könnte mindestens die gleichen Regeln zu Sozialkriterien erlassen wie die EU.

Die Schweiz hat Spielraum

Was für eine fortschrittlichere Regelung mit den richtigen Anreizen nötig wäre, ist klar: Erst einmal muss im Beschaffungsgesetz klar verankert werden, dass soziale Nachhaltigkeitskriterien in der Angebotsbeurteilung berücksichtigt werden können. Zudem soll gemäss aktuellem Stand im revidierten Gesetz zwar die Respektierung der ILO-Kernarbeitsnormen (Verbot von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung sowie die Garantie für Gewerkschaftsfreiheit) festgeschrieben werden. Doch das reicht nicht. Denn Löhne weit unter dem Existenzminimum, überlange Arbeitszeiten oder gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen werden so nicht verhindert. Deshalb gilt es, die Möglichkeit zu schaffen, dass solche Sozialkriterien, die über die ILO-Kernarbeitsnormen hinausgehen, eingefordert und bei der Angebotsbewertung berücksichtigt werden können. Und schliesslich muss mit Kontrollen sichergestellt werden, dass sich die Anbieter auch tatsächlich an die zugesicherten sozialen Standards halten.

In seiner Stellungnahme auf einen Vorstoss schrieb der Bundesrat im August vergangenen Jahres, er sei «der Ansicht, dass der Bund dank klarer gesetzlicher Grundlagen und geeigneter Begleitmassnahmen seiner Vorbildfunktion als öffentlicher Auftraggeber noch besser gerecht werden und die nachhaltige öffentliche Beschaffung effizienter fördern kann». Nun haben es die Regierung und danach das Parlament in der Hand, das Beschaffungsgesetz so anzupassen, dass dies keine leeren Worte bleiben. ■

Die neuen Kampfstiefel für die Schweizer Armee werden in Rumänien gefertigt – zu einem Stundenlohn von unter zwei Franken.

Protzender Diktatorensohn: Endlich ermittelt die Schweiz

Die Schweiz brüstet sich, bei der Blockierung und Rückführung von Potentatengeldern so konsequent vorzugehen wie kein anderer Finanzplatz. Doch Teodorin Obiang, den Sohn des Diktators Äquatorialguineas, hat die Schweizer Justiz fünf Jahre lang unbehelligt sein Luxusleben in Genf leben lassen. Im Oktober hat die Genfer Staatsanwaltschaft nun aber einen Coup gelandet.



Zwei der elf Wagen, welche die Genfer Justiz Ende Oktober einzog: diese beiden Ferraris gehörten nicht zu den teuersten.

GIAN-VALENTINO VIREDAZ

Es war ein Zugriff in letzter Sekunde, an diesem Montag Ende Oktober. Auf dem Rollfeld des Flughafens Genf hat die Genfer Staatsanwaltschaft gleich elf exklusive «Supercars» beschlagnahmt. Die Boliden waren bereits aufgereiht, um in ein Frachtflugzeug geladen und ausser Landes gebracht zu werden. Ihr Besitzer: Teodoro Nguema Obiang Mangue, Übername Teodorin, Sohn des Präsidenten Äquatorialguineas. Die Wagen wurden im Rahmen einer erst zwei Wochen zuvor aufgenommenen Untersuchung wegen Geldwäsche und Korruption konfisziert. Zuvor hatte die Schweiz ganze fünf Jahre zugewartet, bis sie sich endlich dazu durchrang, ein Verfahren gegen einen der bekanntesten Kleptokraten des afrikanischen Kontinents zu eröffnen und Massnahmen zu ergreifen. Frankreich hatte bereits 2011 ein Rechtshilfesuch gestellt.

Der 47-Jährige, der selbst Vize-Präsident Äquatorialguineas ist, klopft seit über zwanzig Jahren die Luxusboutiquen von Beverly Hills und den Champs-Élysées

ab, vergrössert seine Sportwagenkollektion, leistet sich unglaublich teure Kunst und hie und da ein Anwesen. Sein Diplomatenpass erlaubt es ihm, mit Millionen von US-Dollar Bargeld herumzureisen, ohne behelligt zu werden. Ein Chauffeur, der für ihn gearbeitet hatte, gab einst zu Protokoll, Teodorin verbringe seine Tage im Wesentlichen damit, zu schlafen, einzukaufen und Partys zu feiern. Zu jener Zeit war Teodorin Minister für Land- und Forstwirtschaft Äquatorialguineas – und verdiente offiziell 3500 US-Dollar pro Monat.

«Keinerlei Hinweise» auf Korruption

In den Vereinigten Staaten, in Frankreich und in Spanien wird seit 2011 wegen Geldwäsche, Veruntreuung öffentlicher Gelder und Korruption gegen den Playboy ermittelt. Seit Januar steht er in Paris als erster Angeklagter im Korruptionsverfahren «Biens mal acquis» vor Gericht, in dessen Rahmen auch gegen die Regierungsmitglieder von Gabun und der Republik Kongo ermittelt wird. Die

Bundesanwaltschaft dagegen hatte es bis letzten Oktober nicht für nötig gehalten, ein Verfahren gegen ihn zu eröffnen – obwohl er die Schweiz zu seiner Basis gemacht hat, um sein kolossales Vermögen zu verwalten.

Vermögensverwalter, Rechtsanwältinnen und Treuhänder aus der Schweiz kümmern sich seit über zehn Jahren um das Vermögen des verschwenderischen Präsidentensohnes. Die Ermittlungen nach dem Rechtshilfegesuch aus Frankreich zeigten, dass Obiang der einzige Aktionär und wirtschaftlich Berechtigte von fünf Scheinfirmen im Kanton Freiburg war. Diese erlaubten es ihm, für 25 Millionen Euro ein 4000-Quadratmeter-Anwesen mit 101 Zimmern in einer der wohlhabendsten Gegenden von Paris zu kaufen. Die Transaktion wurde von Python & Peter überwacht, einer berühmten Genfer Anwaltskanzlei, und durch das Treuhandbüro Guillaume de Rham abgewickelt. Dieses verwaltete auch die französische Firma Foch Service, welche die Gehälter der Köche und anderer Hausangestellter von Teodorins Haus in Paris bezahlte. Sowohl der Anwalt Jaques Python wie auch der Treuhänder Guillaume de Rham sagten später, sie hätten «keinerlei Hinweise» auf eine unrechtmässige Herkunft des Vermögens ihres Kunden gehabt.

Die französischen Ermittlungen förderten etwas andere Ergebnisse zutage. Sie deckten auf, dass in den Jahren 2004 bis 2011 110 Millionen Euro an öffentlichen Geldern auf Teodorins Konto bei einer Filiale der Bank Société Générale in Äquatorialguinea landeten. Guillaume de Rham kann auch nicht entgangen sein, dass das Bankkonto von Foch Service bei der Crédit Lyonnais direkt von Somagui Forestal alimentiert wurde: einer Gesellschaft, die Teodorin gehört und die in Äquatorialguinea ein Monopol auf die Holzgewinnung hat, dem zweitwichtigsten Wirtschaftszweig des Landes nach dem Erdöl. Bei den Ermittlungen zeigte sich, dass diese Firma dem damaligen Landwirtschaftsminister als Brieftasche diente, um Autos, Kunst und Häuser zu erwerben.

Die französischsprachige Wochenzeitung L'Hebdo berichtete im November 2016, dass eine andere Genfer Kanzlei, Meyer Avocats, die Kreuzfahrtschiffe des Präsidentensohnes unterhält. Es handelt sich um zwei Superyachten, die zusammen um die 250 Millionen US-Dollar kosten. Das ist zehnmal so viel wie das jährliche Bildungsbudget und 17-mal so viel wie das Budget für die öffentliche Gesundheit Äquatorialguineas, wie L'Hebdo vorrechnete. Und da sind die Unterhaltskosten, die alleine für die teurere Jacht 800 000 US-Dollar pro Monat betra-

gen sollen, noch nicht eingerechnet. Ohne die Schweizer Dienste wäre der Lebensstil des Mannes, der sich gerne «Patron» nennt, nicht möglich.

Immer wieder gern in Genf

Der Obiang-Clan kommt immer wieder nach Genf. Dies zeigt die vom investigativen Schweizer Journalisten François Pilet entwickelte Flugzeug-Beobachtungs-App «GVA Dictator Alert» auf Twitter: Die Boeing 737 von Teodorins Vaters ist seit Anfang 2015 elf Mal in Genf gelandet. Teodorins Dassault 900, ein Geburtstagsgeschenk, war während acht Reisen insgesamt 69 Tage lang in Genf.

Der Vize-Präsident steigt in der Regel im Grand Hotel Kempinski ab und fährt gerne mit einem seiner Supersportwagen dem Quai du Mont-Blanc entlang. Mit einem Koenigsegg One:1 etwa oder einem Lamborghini Veneno – zwei Supercars, von denen es nur ein paar wenige Exemplare gibt und die über drei Millionen Euro pro Stück kosten. Was für ein Hohn gegenüber den 80 Prozent der Bevölkerung Äquatorialguineas, die unter der nationalen Armutsgrenze leben.

Elf Autos, eine Jacht

Nun haben die Behörden also elf seiner Boliden – unter ihnen den Lamborghini und den Koenigsegg – beschlagnahmt. Bei-

nahe wäre es ihm jedoch gelungen, die Autos vor der Nase der Staatsanwaltschaft ausser Landes zu bringen. Nur dank eines Hinweises schlug diese gerade noch



Teodorin und seine Partnerin Christina Mikkelsen, eine dänische Miss

Die Ermittlungen nach dem Rechtshilfegesuch aus Frankreich zeigten, dass Obiang der einzige Aktionär und wirtschaftlich Berechtigte von fünf Scheinfirmen im Kanton Freiburg war.

rechtzeitig zu. Genauso knapp war es im holländischen Ferienort Makkum: Dort wurde auf Antrag der Genfer Strafverfolgungsbehörden die eine der beiden Jachten Teodorins beschlagnahmt, knapp bevor sie in Richtung Äquatorialguinea auslaufen konnte.

Die Regierung Äquatorialguineas zeigte sich empört über die «Verschwörung gewisser Institutionen aus Frankreich und der Schweiz» gegen den Präsidentensohn. Dessen Anwälte dürften es schwer haben, die Richter von der Integrität ihres Klienten zu überzeugen. ■

«Entscheidend ist die Relevanz unserer Aktionen»

Catherine Herold gehört zur Generation der christlichen Pionierinnen und Pioniere der Entwicklungszusammenarbeit, die in den Sechzigerjahren die Bedeutung der politischen Aktion im eigenen Land erkannt haben. Seither setzt sich die ehemalige Lehrerin unentwegt kritisch mit den Tätigkeiten von Schweizer Unternehmen auseinander – einst bei der damaligen Erklärung von Bern (EvB), heute bei Actares. Ein Treffen mit einer Aktivistin der ersten Stunde.

RAPHAËL DE RIEDMATTEN

Catherine Herold hat als Treffpunkt das Bio- und Fairtrade-Restaurant «Les Savoises» im «Maison Internationale des Associations» in Genf vorgeschlagen. Es gibt kaum einen passenderen Ort, um über den Werdegang der ehemaligen EvB-Präsidentin zu sprechen. Das Café-Resto schaut bei Zutaten, die von weit her kommen, darauf, dass sie fair gehandelt sind. Doch wann immer möglich werden Produkte aus der Region verarbeitet.

Catherine Herold wurde Ende der 1960er-Jahre bewusst, wie wichtig es ist, zu Hause in der Schweiz aktiv zu werden. Damals unterrichtete sie Naturwissenschaften an einer protestantischen Kirche in Duala, Kamerun. Sie hatte ihren Mann dorthin begleitet, der vom Evangelischen Kirchenbund mit der Einrichtung eines Gemeinschaftszentrums in einem der Elendsviertel der Stadt beauftragt worden war.

«Um etwas verändern zu können, muss man sich im eigenen Land politisch engagieren.»

Die sechs Jahre in Westafrika hat sie in lebendiger Erinnerung. Doch ihr wurde damals auch klar, dass für

sie als Ausländerin die Möglichkeiten beschränkt waren, etwas an der Situation der Menschen dort zu verbessern. «Um etwas verändern zu können, muss man sich im eigenen Land politisch engagieren», sagt sie heute. Das war einer der Hauptgründe, warum sie in die Schweiz zurückkehrte.

«Nicht immer reibungslos»

Nach ihrer Rückkehr setzte sich Catherine Herold unermüdlich für die Erklärung von Bern ein: zuerst in der Regionalgruppe Nyon und ab 1976 als Mitglied des Vorstands, dessen Vorsitz sie in den 1980er-Jahren innehatte. Als überaus treue Verfechterin unserer Anliegen spricht sie nicht ohne eine Prise Humor über die «nicht immer ganz reibungslose Zusammenarbeit» der beiden damals noch getrennten Sektionen in der Deutsch- und Westschweiz.

Als Lehrerin für Chemie und Biologie an einem Genfer Gymnasium brachte sich Catherine Herold insbesondere bei Fragen in den Bereichen Kernenergie, Gentechnik und Bildungsarbeit ein. Sie war an der Entwicklung des «Mondopoly» beteiligt – dem Sensibilisierungsspiel, welches sich mit der Nord-Süd-Problematik auseinandersetzt und eine ganze Generation von Ak-



© Public Eye

Catherine Herold engagiert sich im Vorstand von Actares für eine nachhaltige Wirtschaft.

Actares

Für verantwortungsvolles Wirtschaften

Actares setzt sich bei börsenkotierten Schweizer Grosskonzernen für ein verantwortungsvolles Wirtschaften ein, das mit Mensch, Umwelt und Geld sorgfältig umgeht. Im Fokus von Actares stehen die Arbeitsbedingungen in Produktionsländern, Umweltauswirkungen, Chancengleichheit zwischen Frau und Mann, Transparenz und Vergütung der Geschäftsleitung.

Actares vertritt gut 1 300 Mitglieder, viele davon mit direktem Aktienbesitz, und sucht in deren Namen den Dialog mit Unternehmen – im schriftlichen Kontakt, im direkten Gespräch oder durch Auftritte an Generalversammlungen. Der Verein erstellt ausserdem Abstimmungsempfehlungen für die Generalversammlungen der wichtigsten börsenkotierten Unternehmen der Schweiz (SMI).

Konkrete Angelegenheiten, die Actares in den letzten Jahren bei Unternehmen angesprochen hat, sind z. B. die Klimaverträglichkeit von Investitionen, die gesundheitlichen Risiken von Syngenta-Pestiziden, Kinderarbeit auf den Kakaoplantagen von Nestlé, der Zugang zu Medikamenten von Novartis und Roche in Entwicklungsländern oder die politischen Spenden von Unternehmen in der Schweiz.

www.actares.ch

tivistinnen und Aktivisten geprägt hat. Getragen von christlichen Werten, liess sie sich auch bei Rückschlägen nie lange entmutigen. Mögen die Schritte manchmal klein sein und die Resultate nicht immer gleich ersichtlich, sie findet damals wie heute: Gar nichts zu tun, wäre die schlechteste Lösung.

Alle sind betroffen

Es ist dieses Selbstverständnis, das Catherine Herold auch dazu brachte, an der Gründung von Actares mitzuwirken, einer Vereinigung von Aktionärinnen und Aktionären, die sich für nachhaltiges Wirtschaften einsetzen (siehe Kasten). «Zu Beginn beteiligten sich Personen, die Aktien geerbt hatten und beschlossen, aktiv zu werden, statt die Wertpapiere zu verkaufen», erzählt sie. Bald aber sei ihnen klar geworden, «dass wir alle betroffen sind, auch ohne selbst Aktien zu besitzen». Denn namentlich durch unsere Beiträge an Pensionskassen oder Beteiligungen an Anlagefonds, die hohe Anteile an börsenkotierten Schweizer Grossunternehmen halten, seien wir alle involviert. Dieser indirekte Aktienbesitz spiele eine entscheidende Rolle und könne einen Einfluss auf die Unternehmenspolitik haben, erklärt sie.

Ein anerkannter Gesprächspartner

Der Ansatz von Actares ist es, bei den Grossunternehmen ökologische, menschenrechtliche und gewerkschaftliche Fragen aufzuwerfen, die Gleichstellung von Frau und Mann zu fördern oder auch zu hohe Vergütungen der Geschäftsleitung zu beanstanden. «Heute wird der Verein als Gesprächspartner anerkannt, unsere Standpunkte werden ernst genommen», sagt Catherine Herold. Das sei ein bedeutender Erfolg. In Zusammenarbeit mit Actares hat sich auch Public Eye in den vergangenen Jahren wiederholt an Generalversammlungen von Firmen wie Syngenta, Roche oder Novartis eingeschaltet. «Die Arbeit der beiden Vereine ergänzt sich», findet sie.

Loslassen und Nachfolge sicherstellen

Von 2000, als Actares gegründet wurde, bis 2009 präsidierte Catherine Herold dessen Vorstand. Bis heute Vorstandsmitglied, ist sie nun daran, loszulassen und sicherzustellen, dass das menschenrechtliche Engagement von Actares auch nach der aktiven Zeit der Gründungsgeneration weitergeht. Damit der kleine Verein den mächtigen Firmen auch künftig auf die Finger schauen kann. Bezüglich Grösse oder finanzieller Mittel seien NGOs wie Actares oder Public Eye gegenüber den multinationalen Unternehmen natürlich kleine Fische. Doch das sei gar nicht so wichtig. Entscheidender sei «die Relevanz unserer Recherchen und Aktionen». ■

Die dunkle Seite der Schokolade

Die Kakao-Produktionskette ist ein exemplarisches Beispiel für das Funktionieren der globalisierten Wirtschaft: Drei Unternehmen teilen sich 65 Prozent der weltweiten Ernte auf und können so die Preise diktieren. Den hart arbeitenden Kakaobauernfamilien insbesondere in Westafrika, wo 70 Prozent der Weltproduktion an Kakao herkommen, geht es derweil immer schlechter: Die Plantagen sind veraltet, die Erträge sinken, gegen zwei Millionen Kinder arbeiten auf den Feldern, statt in die Schule zu gehen.

Ein neuer Flyer von Public Eye zeigt die Produktionskette des Kakaos auf. Er benennt, was geschehen müsste, damit wir unsere Schokolade mit besserem Gewissen geniessen könnten – und was wir dazu beitragen können.

Informieren Sie sich. Bestellen Sie den Flyer unter: www.publiceye.ch/shop



Machen Sie Ihre Freunde mit uns bekannt

Geschenkmitgliedschaft

Unsere Mitglieder sind die Basis für unsere Arbeit. Sie ermöglichen es Public Eye, aktiv zu werden und unabhängig zu bleiben. Je grösser unsere Mitgliederbasis, desto eher finden unsere Anliegen Gehör. Sie möchten jemandem etwas Sinnvolles schenken und gleichzeitig unsere Arbeit unterstützen? Schenken Sie der Person für ein Jahr **eine Mitgliedschaft** bei Public Eye inklusive einem Abonnement unseres Magazins.

Zum Kennenlernen

Sie möchten nicht gleich eine Mitgliedschaft verschenken, haben aber Personen in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis, die sich für die Anliegen von Public Eye interessieren? Machen Sie sie mit uns bekannt: Sie erhalten zur Probe und umsonst **drei Ausgaben des Public Eye Magazins**. Danach entscheiden sie selbst, ob sie uns unterstützen wollen oder nicht.

Füllen Sie bitte die beigelegte Antwortkarte aus oder verschenken Sie eine Mitgliedschaft auf www.publiceye.ch/schenken



Engagement



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye, bis anhin die Erklärung von Bern, ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Wirtschaftlicher Profit darf nicht auf Kosten von Menschen in andern Ländern gehen. Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich, Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Postkonto 80-8885-4

www.publiceye.ch [@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) www.facebook.com/publiceye.ch

Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns
Public Eye

Erklärung von Bern